

Festrede zum 6. Internationalen Neujahrsfest der Europäischen Gesellschaft Diaphania und des Kreisdiakonieverbandes Heilbronn am 19.01.2008

„Aus der Geschichte lernen heißt Demokratie schützen, Integration fördern und kulturelle Entfaltung ermöglichen“

Rede von Josip Juratovic MdB – Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Goros,

Sehr geehrter Herr Bretz,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, heute bei Ihnen sprechen zu dürfen. Und zwar über ein Thema, das mein ganzes Leben begleitet und geprägt hat.

Die meisten der hier Anwesenden dürften mich kennen:

Im Alter von 14 Jahren zog ich im Jahr 1973 aus Jugoslawien nach Gundelsheim. Später, in den 1990er Jahren, musste ich aus Deutschland mit ansehen, wie sich die Bevölkerungsgruppen Jugoslawiens in erbitterten Bürgerkriegen gegenüber standen. Deswegen schätze ich die stabile Demokratie, die wir in Deutschland haben.

Es ist nicht nur die Geschichte des Dritten Reiches, die uns in Deutschland lehrt, dass wir Demokratie nicht mit den Füßen treten dürfen.

Und dass wir uns dafür einsetzen müssen, dass diese Demokratie bewahrt wird.

Sondern auch die jüngere Geschichte, die Konflikte auf dem Balkan, lehren uns dies.

Eine stabile Demokratie bedeutet Frieden. Grundvoraussetzungen hierfür sind die Integration und die Möglichkeit zur kulturellen Entfaltung jedes Einzelnen in der Gesellschaft.

Hierüber möchte ich in diesem Festvortrag zu Ihnen sprechen.

Ich werde ansprechen, welches hohe Gut die Demokratie für uns ist.

Und dass Demokratie eine Grundbedingung für Frieden ist. Ich werde darlegen, welche Lehre uns die Bürgerkriege auf dem Balkan sind und welche Gefahren es auch heute, hier in Deutschland, für die Demokratie gibt.

Abschließen möchte ich mit Lösungsansätzen, wie wir unsere Demokratie auf Dauer Stabilität verleihen können.

Die Demokratie blickt auf eine weite Tradition zurück und ist in der Antike bei den Griechen entstanden.

Das Wort DEMOKRATIE entstammt dem Griechischen DEMOKRATIA und setzt sich aus den beiden Teilen DEMOS = „Volk“ und KRATIA = „Herrschaft“ zusammen. Herrschaft bedeutet jedoch nicht nur Macht.

Zur Herrschaft gehören ebenso auch Verantwortung und Beteiligung.

Ein demokratischer Staat ist kein Selbstbedienungsladen, der den Einzelnen ohne Gegenleistung etwas zur Verfügung stellt.

Jeder Einzelne hat seine Grundfreiheiten, aber eben auch seine Pflichten.

Mit anderen Worten:

Eine demokratische Gesellschaft kann nur funktionieren wenn sich auch die Bürger je nach ihren Fähigkeiten an der gesellschaftlichen Gestaltung beteiligen.

Leider sind in Deutschland nicht einmal 3 Prozent der Bevölkerung in Parteien organisiert. Und nicht einmal 1 Prozent beteiligt sich aktiv an der inhaltlichen Gestaltung der Gesellschaftspolitik.

Ist es nicht zynisch, dass ausgerechnet dieses eine Prozent von den übrigen 99 Prozent häufig an den Pranger gestellt wird, wenn etwas nicht nach jedermanns Geschmack funktioniert??!

Demokratie ist für mich die beste Gesellschaftsform.

Denn nur sie bietet wirklichen Frieden.

Frieden ist etwas, was hierzulande selbstverständlich zu sein scheint.

Ist es so?

Und was ist Frieden?

Frieden ist nicht nur ein konfliktfreier Zustand zwischen den Staaten oder den Völkern.

Zum Frieden gehören sozialer Frieden, Betriebsfrieden, Familienfrieden und auch der innere Frieden.

Das ist der Frieden, den als Gesellschaftsform nur die Demokratie bieten kann.

Willy Brandt sagte: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Willy Brandt hat Recht.

Anfang der 1990er Jahre gab es wieder Krieg in Europa. Nachdem der Kalte Krieg beendet war, und Mitteleuropa seit 1945 in Frieden lebte und an diesen gewohnt war, war es für viele überraschend:

Gerade in einer der Lieblings-Urlaubsadressen der Mitteleuropäer, in Jugoslawien, entbrannten Bürgerkriege.

Kriege, die wir bereits für überwunden hielten.

Nach Jahrzehnten friedlichen Nebeneinanders und Miteinanders der Balkanvölker und der verschiedenen Religionen kämpften plötzlich frühere Nachbarn gegeneinander.

Nachbarn, die kurze Zeit vorher noch gemeinsam gefeiert hatten.

Dadurch, dass nur wenige Menschen dazu bereit waren, sich gesellschaftlich oder gar politisch zu engagieren, konnte eine Minderheit mit Leichtigkeit die politische Macht missbrauchen.

Mit populistischen und nationalistischen Parolen gelang es Demagogen in den jugoslawischen Teilstaaten, zunächst Misstrauen, dann Angst, und schließlich Hass zwischen den Menschen zu säen.

Die Demokratie war gescheitert.

Nur sehr wenige aktive Demokraten stellten sich – erfolglos – gegen diese Entwicklung. Die Mehrheit der 99 Prozent, der nicht politischen Bevölkerung, war nach kurzer Zeit den nationalistischen Demagogen völlig ausgeliefert.

Deswegen war es nach den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien wichtig, dass die Menschen der einzelnen Teilstaaten, der einzelnen Völker und Religionen, wieder in Dialog treten.

Denn nur im Gespräch kann sich eine Zusammenarbeit wieder entwickeln.

Nur über Zusammenarbeit lässt sich Vertrauen aufbauen. Und nur über Zusammenarbeit entsteht gegenseitige Toleranz.

Vertrauen und Toleranz sind unabdingbar, um ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen. Um eine Demokratie leben und gedeihen zu lassen.

Während der Zeit der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien lebten Anfang der 90er Jahre über eine Million Menschen aus Jugoslawien in Deutschland, rund ein Drittel davon waren Bürgerkriegsflüchtlinge.

Dass es unter diesen Menschen, die allen Völkern und allen Religionen des Balkans angehören, zu keinerlei Ausschreitungen kam, zeigt:

Der Hass zwischen den Volksgruppen ist nicht historisch bedingt, sondern er wurde geschürt.

Die Hassprediger haben jedoch in einer geordneten Gesellschaft wie der unseren, in der sich die Menschen sicher fühlen, keine Chance.

Eine funktionierende Demokratie, die von aktiven Demokraten getragen wird, schützt also gegen Hassprediger und Demagogen!

Die Stabilität unserer Demokratie hier in Deutschland ist aber nicht selbstverständlich.

Es bedarf vieler Bemühungen, um sie zu erhalten.

Denn eines ist klar:

IN einer Demokratie gibt es viele Gefahren **FÜR** die Demokratie!

Ich möchte auf die Diskussion über jugendliche Gewalttäter zu sprechen kommen, die momentan wieder in allen Medien – im wahrsten Sinne des Wortes – hochgekocht wird. Ich glaube, es gibt nichts, womit man die Gewalt rechtfertigen kann. Dies gilt sowohl für die Gewalt von den größtenteils ausländischen Tätern, die bei den letzten Vorfällen auftraten, als auch für Nazi-Schläger.

Und ich möchte hier auch ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass mein Mitgefühl den Opfern gilt.

Und dennoch:

Es gibt Dinge, die in diesem Zusammenhang angesprochen werden müssen.

Ich finde es schäbig, wie momentan versucht wird, aus diesen Tragödien politisches Kapital zu schlagen.

Um Fakten und Tatsachen geht es dabei im hessischen Wahlkampf leider nur am Rande. Doch auch wenn es in einem Wahlkampf manchmal heiß her geht, müssen Politiker wie Roland Koch aufpassen, dass sie mit ihren populistischen Forderungen nicht unserer Demokratie schaden.

Wenn Fakten beiseite gelassen werden und ausländische Jugendliche per se als kriminell stigmatisiert werden, zersetzt das unsere demokratische Gesellschaft!

Wenn sich demokratische Politiker mit ihren Forderungen in die Nähe des Niveaus der demokratiefeindlichen NPD bewegen, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Schamgrenze, eine rechtsextreme Partei zu wählen, in den Keller sinkt.

Unsere Demokratie ist also dauerhaft in Gefahr, und wir alle müssen uns als aktive Demokraten für ihren Schutz einsetzen.

Der Erhalt des Friedens, so selbstverständlich wie er uns heute häufig erscheint, kann nur durch den Schutz unserer Demokratie für die Zukunft sichergestellt werden.

Um unsere Demokratie in Deutschland auf sichere Füße zu stellen, ist es notwendig, dass alle in Deutschland lebenden Menschen in die Gesellschaft integriert werden und sich mit den Grundvorstellungen unserer gemeinsamen Gesellschaft identifizieren.

Dies betrifft einerseits die aus anderen Ländern zugezogenen Mitbürgerinnen und Mitbürger, aber auch sozial schwache deutsche Bürgerinnen und Bürger, die Gefahr laufen, aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt zu sein.

Bei ihnen allen müssen wir als aktive Demokraten für unsere demokratischen Werte werben. Das funktioniert über Integration und kulturelle Entfaltung.

Für mich ist es besonders wichtig, in Sachen Integration bei der Jugend anzusetzen. Das größte Problem, das Integration verhindert, ist die nicht existente Chancengleichheit, die unsere Gesellschaft den Jugendlichen bietet.

Es ist leider nach wie vor so, dass Kinder von Akademikern beste Perspektiven für die Zukunft haben.

Während hingegen die Zukunft von Kindern, die aus Arbeiterfamilien oder aus ausländischen Familien stammen, häufig perspektivlos ist.

Damit kann und will ich mich nicht abfinden!

Die Herkunft jedes Einzelnen darf nicht darüber entscheiden, welche Bildung und welche Perspektive diese Person erhält!

Eine gute und gerechte Bildungspolitik ist die Wurzel für eine gelungene Integration. Deshalb sind der Aufbau von Ganztagesangeboten für Schüler und eine schrittweise Kostenbefreiung des Kindergarten-Besuchs ein Schritt in die richtige Richtung.

Wichtig ist dabei jedoch auch, dass das, was wir im Bund beschließen, auch vor Ort umgesetzt wird.

Hier in Heilbronn hat sich unter der Leitung des Sozialdezernenten Harry Mergel einiges bewegt.

Mit dem „Heilbronner Weg“ ist es gelungen, kommunale Armutsbekämpfung mit Bildungspolitik zu verknüpfen.

Dies konnte durch eine Verzahnung von Jugendhilfe und Schulpolitik erreicht werden.

Auch gehört dazu, dass auf Initiative der SPD-Stadtratsfraktion seit diesem Jahr die beitragsfreie Nutzung der Kindergärten für Kinder ab 3 Jahren eingeführt wurde.

Das ist ein sehr wichtiger Schritt und ein richtiges Signal.

Junge Menschen brauchen eine Perspektive.

Durch eine gute Bildung, aber auch durch eine daran anschließende ebenso gute Ausbildung.

Leider ist es aber auch im Heilbronner Raum so, dass viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden.

Ich kenne sogar Hauptschulklassen, aus denen kein einziger Schüler nach seinem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz erhielt.

Wir dürfen diesem Zustand nicht untätig zusehen:

Jeder hat das Recht auf eine Zukunft!

Deshalb haben wir den Initiativkreis „Hauptschülern eine Chance geben“ gegründet, in dem sich Schulleiter, Unternehmer, Gewerkschafter, Kirchen und Sozialverbände gemeinsam dafür einsetzen, möglichst alle jungen Menschen in Ausbildung zu bringen.

Im vergangenen Jahr fand auf dem Kiliansplatz ein Aktionstag statt, bei dem über 1.000 Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Förderschulen auf ihre Situation aufmerksam

machten.

In wenigen Wochen, am 27. Februar, findet bei der IHK Heilbronn-Franken eine Veranstaltung statt, bei der verschiedene Projekte von Schulleitern oder der Handwerkskammer zur Verbesserung der Ausbildungssituation vorgestellt werden, und zu der ich schon heute alle Interessierte einladen darf.

Bildung und Ausbildung sind wichtige Ansatzpunkte, um die Integration der heranwachsenden Generationen zu gewährleisten.

Doch das kann nicht alles sein, was Integration leistet!

Integration bedeutet, dass unsere Gesellschaft Menschen ein Angebot macht, in unsere Gesellschaft hinzuwachsen.

Dafür gibt es klare Regeln, die uns unsere demokratische Grundordnung vorgibt.

Dies bedeutet aber nicht, dass diejenigen, die in unsere Gesellschaft kommen wollen, ihre eigene Kultur abgeben und unsere annehmen müssen oder

Dass wir Einwanderern unsere Kultur 1 zu 1 aufzwingen wollen.

Darum geht es nicht.

Im Idealfall können beide Seiten von Integration profitieren: Nicht nur die Zuwanderer, sondern auch die bisherigen Mitglieder der Gesellschaft.

Eines der vielen Beispiele hierfür ist die Gastronomie: Könnten Sie sich Deutschland vorstellen – ohne Pizzeria, ohne Dönerstand und ohne Asia-Imbiss?

Kulturelle Entfaltung beginnt bei der Toleranz zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen und der Bereitschaft, miteinander zu leben und offen für Neues zu sein.

Dies betrifft nicht nur die Deutschen, sondern auch die Zuwanderer:

Es muss klar sein, dass sie unsere Kultur, unsere Religion und unsere Traditionen akzeptieren!

Unsere Gemeinsamkeit kann nur funktionieren, wenn sie auf der Bereitschaft zu Toleranz, Akzeptanz und Verständnis aufbaut.

Nur dann funktioniert unsere Demokratie, die Grundvoraussetzung für Frieden ist.

Durch Integration und kulturelle Entfaltung Einzelner können wir dazu beitragen, dass jede und jeder bei uns eine Perspektive erhält.

Und dass jeder Mensch die Möglichkeit erhält, sich aktiv und konstruktiv an unserer Gesellschaft zu beteiligen. Eine Gesellschaft, an der sich viele Leute aktiv beteiligen, das ist präventive Friedenspolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele von uns beteiligen sich bereits – ob in politischen Parteien oder in gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen – für dieses große „Friedensprojekt“.

Lassen Sie uns noch mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger für dieses „Friedensprojekt“ begeistern!

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass dieses „Friedensprojekt“ ein deutscher und europäischer Exportartikel wird, nicht nur für die Staaten auf dem Balkan!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.